

BWP

BERUFSBILDUNG
IN WISSENSCHAFT
UND PRAXIS

SONDERDRUCK

»Das Besondere am BIBB ist seine Verbindung
von Forschung und Entwicklung«

Interview mit Professor Dr. Dr. h.c. Hermann Schmidt zu den Anfängen
eines in seiner Konstruktion einmaligen Forschungsinstituts

»Das Besondere am BIBB ist seine Verbindung von Forschung und Entwicklung«

Interview mit Professor Dr. Dr. h.c. HERMANN SCHMIDT zu den Anfängen eines in seiner Konstruktion einmaligen Forschungsinstituts

Im Februar 2025, genau 55 Jahre nach Gründung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung, be- suchte der ehemalige BIBB-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. HERMANN SCHMIDT das Bundesinstitut. Auf Einladung des Forschungsdirektors Prof. Dr. HUBERT ERTL er- innerte er als Zeitzeuge an die Anfänge des Instituts in den 1970er-Jahren. Eindrücklich schilderte HERMANN SCHMIDT, wie es in einer bildungspolitisch bewegten Zeit mit großem Engagement aller Beteiligten gelang, ein Forschungsinstitut für berufliche Bildung mit Leben zu füllen. Das große Interesse der BIBB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dieser Reise durch die ersten drei Jahrzehnte der Institutsgeschichte war für die BWP- Redaktion Anlass für dieses Interview.

BWP Die Geburt des BIBB lässt sich auf den 11. Februar 1970 datieren. An diesem Tag konstituierte sich in Berlin der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung (BBF). Herr Schmidt, in welche Welt wurde das BBF geboren?

Schmidt Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) von 1969, dem das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung seine Entstehung verdankt, entstand in einer gesellschaftspolitisch sehr bewegten Zeit. Die von den Studentenunruhen ausgehenden gesellschaftlichen Umbrüche betrafen die gesamte Gesellschaft und im Bildungsbereich vor allem Studium und Hochschulen. Berufsausbildung war kein Thema in der Bildungsgesellschaft, wohl aber in den Unternehmen und in den Gewerkschaften und zwar seit Ende des 19. Jahrhunderts. Ein wichtiger Promotor war der Ende des Jahres 1908 auf Initiative des Vereins Deutscher Ingenieure mit Vertretern der Industrie und des technischen Schulwesens gegründete Deutsche Ausschuss für das Technische Schulwesen (DATSCH), der durch die Entwicklung beruflicher Lehrgänge Ausbildungsberufe entwickelte und laufend modernisierte. Der DATSCH war jedoch eine Einrichtung der Arbeitgeber, die ohne eine institutionelle Beteiligung der Gewerkschaften arbeitete. So unternahmen die Gewerk-



HERMANN SCHMIDT 1992 an seinem Schreibtisch im BIBB in Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. HERMANN SCHMIDT

Ausgewählte berufliche Stationen 1953 bis 2008

1953 bis 1957 Studium der Wirtschaftswissenschaften (BWL, VWL, Berufspädagogik) an der Universität zu Köln und anschließendes Referendariat an der Kaufmännischen Berufsschule Leverkusen

Während des Studiums mehrmonatige Betriebspraktika in den Niederlanden, Makedonien und Italien

1959 nach dem zweiten Staatsexamen fünfmonatiger Studienaufenthalt in den USA

1962 Promotion an der Universität zu Köln

1960 bis 1964 Handelslehrer und von 1965 bis 1968 Direktor an einer Kfm. Berufsschule in Köln

1969 Leitung des Referats »Fachoberschulen« mit der Aufgabe zur Einführung der neuen studienvorbereitenden Schulform in Nordrhein-Westfalen im Kultusministerium Düsseldorf

1971 Wechsel in das »Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft«, zunächst als Ministerialrat und Leiter des Referats »Schule und Arbeitswelt«

Ab 1973 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung »Berufliche Bildung im Bildungssystem, Ausbildungsordnungen, Förderung« und damit auch zuständig für das BBF

Ab 1976 »Beauftragter für das BIBB«

Von Juli 1977 bis Dezember 1997 Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung

1996 bis 2002 Mitglied des Wissenschaftsrats

1998 bis 2008 Projektberater für Berufsbildung der deutschen Entwicklungshilfe und der EU u.a. in der Ukraine, in Russland, Moldawien, Rumänien, Tadschikistan, Malaysia, in der Türkei und in Äthiopien

schaften seit Beginn der 1920er-Jahre mehrere Versuche, ein einheitliches Berufsbildungsgesetz zu etablieren, allerdings erfolglos. Zu Beginn der 1960er-Jahre waren es wieder die Gewerkschaften, die ein Berufsbildungsgesetz und ein Forschungsinstitut für Berufsbildung forderten. Es war vor allen Dingen die spätere stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds, MARIA WEBER, die die politischen Parteien drängte, ein Berufsbildungsgesetz zu verabschieden, mit dem die rechtlichen Grundlagen für ein Berufsbildungssystem und ein Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung geschaffen werden sollten. Obwohl die Positionen von Arbeitgebern und Gewerkschaften weit auseinander lagen, führten zähe Verhandlungen 1969 während der Großen Koalition zum Erfolg. Schließlich beschloss der Deutsche Bundestag auf Vorlage des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung das Berufsbildungsgesetz, das fortan den Rechtsrahmen für das duale System der Berufsbildung und das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung schuf.

BWP Sie erwähnten bereits MARIA WEBER. Welche weiteren Akteure leisteten einen Beitrag zur Konstituierung des Instituts und worin bestand dieser?

Schmidt In den langwierigen Verhandlungen war deutlich geworden, dass ein weitgehend von staatlichen und wissenschaftlichen Akteuren bestimmtes Institut in einem vornehmlich von Arbeitgebern unterhaltenen und von Gewerkschaften mitgesteuerten Ausbildungssystem wenig Wirkung und Änderung erzielen würde. Die Bundesregierung entschloss sich daher zu einer weltweit einmaligen Konstruktion eines Forschungsinstituts. Als zentrale Akteure bestimmten die Sozialparteien mehrheitlich über das Forschungsprogramm, obwohl der Staat allein für die Kosten des Instituts aufkommen würde. Die gesetzlich vorgesehene Genehmigung des Forschungsprogramms durch die Bundesregierung blieb Formsache.

Das Entscheidungsgremium des Instituts, der Hauptausschuss, bestand aus je fünf Vertretern der Arbeitgeber und Gewerkschaften und zwei Vertretern der Bundesregierung, und zwar je einem aus dem Arbeitsministerium und dem Wirtschaftsministerium. Den Vorsitz im Hauptausschuss führten jeweils im Wechsel ein Arbeitgeber- und ein Arbeitnehmervertreter. Für die Arbeitgeber war es der Rechtsanwalt KARL-WILHELM HERBST von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Als Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit war er ein in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erfahrener

Mann. Die Arbeitnehmerseite benannte FELIX KEMPF, Stellvertreter von MARIA WEBER im DGB-Vorstand, der ebenfalls solide Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Arbeitgebervertretern mitbrachte.

Im Juli 1970 wählte der Hauptausschuss Prof. Dr. HANS-JOACHIM ROSENTHAL von der Universität Hannover zum Präsidenten des BBF. Bereits bevor das Institut seine Arbeit aufnahm, traf er sich einmal wöchentlich mit den vom Hauptausschuss für die Leitung der fünf Hauptabteilungen designierten Personen zur

Vorbereitung personeller und organisatorischer Entscheidungen.

KEMPF und HERBST fühlten sich als Initiatoren des Instituts und nahmen ihre Verantwortung ernst. Monatlich, später vierteljährlich, hielten sie Sprechstunden mit dem Präsidenten, dem Leiter der Verwaltung und dem Personalrat im BBF in Berlin ab und regelten zahlreiche Startschwierigkeiten. Ab 1973 war ich im Bildungsministerium für das BBF zuständig und nahm auf Wunsch der beiden Vorsitzenden als Dritter an diesen Gesprächen im Institut teil, weil zu zahlreichen Problemen die Bundesregierung gefragt war.

*»Die Bundesregierung
entschloss sich daher zu
einer weltweit einmaligen
Konstruktion eines
Forschungsinstituts. Als
zentrale Akteure bestimmten
die Sozialparteien
mehrheitlich über das
Forschungsprogramm,
obwohl der Staat allein
für die Kosten des Instituts
aufkommen würde.«*

BWP Mit welchem Arbeitsauftrag startete das Institut und welchen unterschiedlichen Erwartungen musste es gerecht werden?

Schmidt Der Gesetzgeber gab dem Bundesinstitut mit § 60 Absatz 2 Berufsbildungsgesetz einen präzisen Aufgabekatalog mit (vgl. Infokasten). Diese sehr umfassenden Kernaufgaben des Instituts hatten der Hauptausschuss und der Präsident zu interpretieren und in den Projekten des Forschungsprogramms zu konkretisieren.

Die Erwartungen an das BBF waren von Beginn an enorm. Obwohl es sich, wie die Bundesregierung feststellte, bei der Berufsbildungsforschung um eine neue Disziplin handelte, deren »Forscher« erst ausgebildet werden mussten, waren es die Mitglieder des Hauptausschusses, die als erste

§ 60 Abs. 2 BBiG (in der Fassung von 1969)

Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung hat

- die Grundlagen der Berufsbildung zu klären,
- Inhalte und Ziele der Berufsbildung zu ermitteln,
- die Anpassung der Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vorzubereiten.

Forschungsergebnisse einforderten. Die jahrzehntelange Tätigkeit der Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsbildung (ABB) spielte dabei eine wichtige Rolle. Aber auch Presse und Öffentlichkeit, die die Bedeutung qualifizierter Ausbildungsberufe nun häufiger thematisierten, fragten ab 1971 bereits nach neuen Erkenntnissen und Vorschlägen für die Verbesserung der Berufsbildung.

BWP Sie erwähnten bereits die einmalige Konstruktion des BBF. Welche Besonderheiten ergaben sich daraus für die Organisationsstruktur des Instituts?

Schmidt Im Hauptausschuss hatten Arbeitgeber und Gewerkschaften das Institut in fünf Hauptabteilungen mit Bezug auf die im BBiG genannten Aufgaben untergliedert und deren Leitungen bis auf eine mit Fachleuten aus ihren Organisationsbereichen besetzt (vgl. Infokasten). Diese Aufteilung nach »besonderen Interessengebieten« der beiden Gruppen bestimmte dann auch die Themen der Forschungsprojekte. Die Hauptabteilung 1 hatte zahlreiche Themen zu bearbeiten, die mit dem Auftrag des Gesetzes zusammenhingen. So war ein System mit bundeseinheitlichen Ausbildungsberufen aufzubauen. Damit verbunden war u.a. auch die Frage, welche Qualifikationen, auf welche Weise für Menschen mit Behinderung zu schaffen seien. Zudem hatte die Hauptabteilung 1 eine bundeseinheitliche Statistik für die betriebliche Berufsbildung zu entwickeln, Prognosen für die Entwicklung des Ausbildungsmarkts zu erstellen und Kontakte zu anderen Forschungsinstituten aufzunehmen. Das »System« hatte eben viele offene Baustellen.

Die fünf Hauptabteilungsleiter bildeten unter Vorsitz des Präsidenten das »Direktorium«, ein Leitungsgremium, dessen Führungspraxis in der Interpretation seiner Beschlüsse

häufig zu Auseinandersetzungen im Institut führte, sodass es schließlich auf Beschluss des Hauptausschusses 1974 aufgelöst wurde.

BWP Auf welche weitere Expertise konnte beim Aufbau des Instituts zurückgegriffen werden?

Schmidt Wie in allen neuen Organisationen waren zuerst einmal jene gefragt, die bereits Vorerfahrungen in bestimmten Aufgabengebieten mitbrachten. Das waren besonders diejenigen, die bisher bereits Ausbildungsordnungen und

berufliche Medien entwickelt hatten. Die 1953 gegründete und aus Vorgängereinrichtungen mit gleicher Aufgabenstellung hervorgegangene ABB der Arbeitgeber in Bonn hatte langjährige Erfahrung in der Entwicklung von Ausbildungsregelungen, an deren Erarbeitung auch Arbeitnehmer – wenn auch nicht immer von Gewerkschaftsseite benannt – beteiligt waren. Die Arbeitsergebnisse wurden durch das Wirtschaftsministerium genehmigt und bildeten die Grundlage der Kammerprüfungen.

Einige Beschäftigte der ABB nahmen den Umzug nach Berlin auf sich und bildeten dort das erste Team in der

Hauptabteilung 3 »Ausbildungsordnungsforschung«, das seine Arbeiten auf der Grundlage des Gesetzes neu ausrichtete. Bereits ein Jahr nach dem nun gesetzlich geregelten Beteiligungsverfahren (Arbeitgeber und Gewerkschaften) im BIBB legte das Team dem Wirtschaftsministerium Ausbildungsordnungen für zwölf neue Ausbildungsberufe für den Elektrobereich vor. Die Einarbeitung neuer Mitarbeiter in ihr Forschungsgebiet geschah dort mit der Aufnahme neuer Ordnungsverfahren.

Die Hauptabteilung 1 hatte wichtige Vorbilder in den Kammern, die seit der Entstehung einer geregelten betrieblichen Ausbildung deren Verwaltungs- und Prüfungssystem auf-

»Wie in allen neuen Organisationen waren zuerst einmal jene gefragt, die bereits Vorerfahrungen in bestimmten Aufgabengebieten mitbrachten. Das waren besonders diejenigen, die bisher bereits Ausbildungsordnungen und berufliche Medien entwickelt hatten.«

Die fünf Hauptabteilungen und ihre Leiter im neu gegründeten BBF

Hauptabteilung 1: Grundlagenforschung

Leitung: HANS PORNSCHLEGEL, Dipl. Volkswirt (zuvor Leiter der Bundesschule des DGB in Bad Kreuznach), von Arbeitnehmerseite vorgeschlagen

Hauptabteilung 2: Curriculumforschung

Leitung: Dr. KARL-HERMANN WITTE (zuvor Leiter einer Hamburger Berufsschule), von Arbeitgeberseite vorgeschlagen

Hauptabteilung 3: Ausbildungsordnungsforschung

Leitung: ROLF RADDATZ, Dipl. Sozialwirt (zuvor Abteilungsleiter Berufsbildung der IHK Braunschweig, und Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages DIHT im Hauptausschuss); ihm

folgte Dr. KARL-JOSEF UTHMANN, Dipl. Volkswirt (vormals Abteilungsleiter beim Bundesverband der Deutschen Industrie BDI), beide von Arbeitgeberseite vorgeschlagen

Hauptabteilung 4: Weiterbildungsforschung

Leitung: THOMAS KEMP, Dipl. Politologe (zuvor Abteilungsleiter bei der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände BDA), von Arbeitgeberseite vorgeschlagen

Hauptabteilung 5: Medienforschung

Leitung: KARL-HEINZ GRUNWALD, zuvor Leiter eines Berliner Arbeitsamts

gebaut hatten. Sie registrierten die Ausbildungsbetriebe, Ausbilder und Lehrlinge und verantworteten die Systemverwaltung.

In der Hauptabteilung 2 griff der ehemalige Berufsschuldirektor Dr. KARL-HERMANN WITTE auf seine Erfahrungen in der Curriculumentwicklung der Berufsschulen und auf die dort bestehende Zusammenarbeit mit Betrieben zurück. In dieser Hauptabteilung gab es entsprechend viele Berufsschullehrer, die allerdings eine vom Bundesinnenminister geforderte Laufbahnprüfung »Berufsbildungsforschung« absolvieren mussten, weil es die in den Ländern nicht gab. Das hielt jedoch viele Lehrkräfte von einer Bewerbung ab.

Die Auflösung der von den Ländern getragenen Medieneinrichtung »Film und Bild« bescherte der Hauptabteilung 5 »Medienforschung« eine Reihe von Medienexpertinnen und -experten, die gleich eine Serie von Lehrgängen für eine Aufbereitung in Filmen und bebilderten Arbeitsanleitungen für Auszubildende in Angriff nahmen.

Die Hauptabteilung, die nur auf geringe Vorarbeiten zurückgreifen konnte, war die Hauptabteilung 4

»Weiterbildungsforschung«. Die Mitarbeiter konnten sich allenfalls an den von verschiedenen Trägern durchgeführten Fortbildungslehrgängen und dafür von den Kammern erlassenen Vorschriften für Fortbildungsprüfungen orientieren. Ansätze gab es ebenfalls in besonders berufsbildungsaktiven Großunternehmen, die ihren Beschäftigten bereits seit längerem in bestimmten technischen Arbeitsgebieten oder im Sicherheitsbereich im Anschluss an ihre Berufsausbildung Weiterbildungsmaßnahmen anboten. Hieran konnte angeknüpft werden.

Eine besondere Herausforderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergab sich aus der Insellage des Instituts in Berlin. »Unser Forschungsfeld liegt in der Bundesrepublik Deutschland, was ständiges Reisen zu unseren Projektfeldern zur Folge hat«, argumentierten sie, wenn ihnen die Haushälter die ungewöhnlich hohen Reisekosten verweigern wollten.

BWP Im Juni 1972 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift für Berufsbildungsforschung (ab Ausgabe 4/1974 Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis – BWP). Welche Bedeutung hatte sie für den Transfer der Arbeitsergebnisse und die Binnenkommunikation der Fachcommunity?

Schmidt Das BBiG hatte dem BBF aufgetragen »wesentliche Forschungsergebnisse« zu veröffentlichen. Präsident HANS-JOACHIM ROSENTHAL nahm sich dieser Aufgabe sehr enga-

giert an und gründete nach Beschluss des Hauptausschusses die BBF-Zeitschrift. Er achtete darauf, dass beide Bereiche – Wissenschaft und Praxis – angesprochen wurden. Trotzdem gab es heftige Auseinandersetzungen im Hauptausschuss, wo Vertreter der beiden »Bänke«, wie die Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter bald genannt wurden, der Praxis als Adressaten Priorität einräumen wollte. Die Argumente reichten von »die Reform der Praxis hat Vorrang« bis zu »es gibt ja noch kaum Adressaten in der Forschung«.

Es ist Präsident ROSENTHAL und den BIBB-Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern zu danken, dass das Forschungsinstitut von Beginn an seine wichtigsten Forschungsergebnisse in der Zeitschrift veröffentlichte, auch mit dem Ziel, die kontinuierlichen Fortschritte in dieser Disziplin zu dokumentieren. Die wachsende Fachöffentlichkeit an Hochschulen im Bereich der Arbeits- und Sozialforschung, aber auch außeruniversitäre Einrichtungen oder Ressortforschungseinrichtungen wie z.B. das durch das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) errichtete Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigten großes Interesse an den Forschungsergebnissen und auch die mit zahlreichen im BBiG

verankerten – aber bereits früher als Selbstverwaltungsaufgabe wahrgenommenen – Aufgaben betrauten Kammern traten in eine fruchtbare Diskussion über Forschungsthemen und -ergebnisse mit dem BBF ein.

BWP Ausgerechnet die von ROSENTHAL hochgehaltenen Forschung kam dem Institut – zumindest im Namen – mit Inkrafttreten des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes (APIFG) im September 1976 abhanden. Aus dem BBF wurde das Bundesinstitut für Berufsbildung. Welche Gründe gab es für die Umbenennung?

Schmidt Bereits in der Aufbauphase des BBF zeigte es sich, dass die Trennung von Forschung und Entwicklung in Politik und Praxis – beispielsweise in der Ausbildungsordnungsforschung – zu unökonomischen Arbeitsabläufen führte. So gehörte es zu meinen damaligen Aufgaben im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW), Ausbildungsordnungen zu modernisieren und neue zu entwickeln. Es lag nahe, dass ich für die Entwicklung von Ausbildungsordnungen die Sachkunde der Hauptabteilung 3 des BIBB nutzte. Wie schon erwähnt, bereitete das BBF bereits seit 1972 erlassreife Rechtsverordnungen vor, ohne dass jemand protestiert hätte. Dem BBF oblag auch die wissenschaftliche Begleitung der Modellversuche im Rahmen des Förderprogramms des BMBW. Ab 1973, nachdem die Zuständigkeit für das BBF vom Arbeitsministerium ins

*»Es ist Präsident
ROSENTHAL und den BIBB-
Mitarbeiterinnen und
Mitarbeitern zu danken, dass
das Forschungsinstitut von
Beginn an seine wichtigsten
Forschungsergebnisse in der
Zeitschrift veröffentlichte,
auch mit dem Ziel, die
kontinuierlichen Fortschritte
in dieser Disziplin zu
dokumentieren.«*

Bildungsministerium gewechselt war, übernahm das BIBB das vom BMBW genehmigte Modellversuchsprogramm in Eigenregie unter dem Signum der wissenschaftlichen Begleitung. Diese Entwicklungsaufgabe wurde dem neuen BIBB allerdings erst mit der Verabschiedung des APlFG 1976 formal übertragen. Entscheidend für die Akzeptanz aller operativen Aufgaben war allerdings die Errichtung eines zweiten Standorts des BIBB in Bonn, wo nun die »hoheitlichen Aufgaben« im Auftrag der Bundesregierung, wie z.B. der Aufbau einer Bundesstatistik Berufliche Bildung und die finanzielle Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten wahrgenommen wurden. Die dem BIBB obliegende Aufgabe, den Berufsbildungsbericht des BMBW vorzubereiten, wurde durch den Standort Bonn erleichtert.

BWP Die Forschung kam dem Institut also zum Glück nicht abhanden. Änderte sich denn der an das BIBB gerichtete Forschungsauftrag?

Schmidt Die Bundesregierung hatte bei der Verabschiedung des APlFG alles unternommen, um die Ausdehnung des Forschungsauftrags auf das gesamte duale System zu ermöglichen. Das bedeutete, auch die Länder erhielten Sitz und Stimme im Institut und waren fortan mit elf Mitgliedern im Hauptausschuss vertreten. Zur Wahrung der Parität erhöhte sich die Anzahl der Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter auf jeweils elf und die Bundesregierung war seither mit fünf Mitgliedern vertreten: federführend das BMBW, mit ständigem Sitz das BMWI und mit wechselnden Mitgliedschaften von Ministerien mit Zuständigkeiten in der Berufsbildung, beispielsweise Bundesministerium für Landwirtschaft. Die Länder hatten allerdings an einer das gesamte System umfassenden Forschung nie Interesse signalisiert und hielten deshalb die Berufsschulen hartnäckig aus dem Forschungsprogramm des BIBB heraus. In Bezug auf den bisherigen Gegenstand der Forschung, die betriebliche Berufsbildung, änderte sich aber nichts.

BWP Im Juli 1977 wurden Sie zum Präsidenten des BIBB ernannt und standen nun an der Spitze eines Instituts, dessen Geschicke sie zuvor von außen verfolgt und aus dem BMBW auch schon aktiv mitgestaltet hatten. Mit welchen Vorsätzen haben Sie damals die Leitung des Instituts übernommen? Was wollten Sie für die Berufsbildung und das Institut erreichen?

Schmidt Von Beginn meiner Arbeit im BIBB war mein Interesse darauf gerichtet, trotz der veränderten Bedingungen die Grundidee des BBF von 1969 nicht zu verändern, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften das BIBB auch in Zukunft als »ihr Institut« betrachteten. Sein Forschungsprogramm sollte weiterhin ihre Angelegenheit bleiben und die Entwicklungsaufgaben des Instituts sollten mit den Forschungsaufgaben nicht in einen Wettbewerb eintreten, sondern sich in einer inhaltlichen Verbindung entwickeln.

BWP Wenn Sie heute auf Ihre 20-jährige Amtszeit als BIBB-Präsident zurückblicken: Was waren die aus Ihrer Sicht größten Meilensteine – sowohl für das Institut als auch für die Berufsbildung in Deutschland?

Schmidt Meilenstein Nr. 1 ist das Institut selbst. Die deutschsprachigen Länder sind ihrem Ruf, die besten dualen Berufsbildungssysteme zu haben, auch auf dem Gebiet der Berufsbildungsforschung gerecht geworden. Die Forschungsinstitute in Österreich und der Schweiz haben mit ihren Forschungen ebenfalls weltweite Beachtung gefunden. Das Besondere am BIBB ist seine Verbindung von Forschung und Entwicklung. In der Zusammenarbeit von Wirtschaft – damit meine ich Arbeitgeber und Arbeitnehmer – und Staat ist es im Umfang der Aufgaben und in seinem Einfluss auf die Entwicklung der Berufsbildung nach wie vor führend in der Welt. Dazu in der Aufbauphase meinen Beitrag geleistet zu haben, werde ich als Erfolg.

Meilenstein Nr. 2 ist die Entwicklung einer auf Akzeptanz in der Berufsbildungspraxis angelegten Verbindung von Forschung und Entwicklung. Mit dem Reformgesetz von 1976 erhielt das Institut einen Forschungsdirektor als ständigen Vertreter des Präsidenten. Prof. Dr. MATTHIAS RICK, Leiter der Berufsbildungsplanung beim Senator für Bildung in Berlin, wurde auf meinen Vorschlag in diese Position berufen und entwickelte mit dem ganzen Institut eine an der Handlungsforschung orientierte Vorgehensweise, in der Forschung und Entwicklung miteinander verbunden wurden. 1978 bat das BMBW um eine Evaluierung der Forschung des BIBB durch den Wissenschaftsrat. Dieser lehnte jedoch ab. Achtzehn Jahre später, im Jahr 1996, berief mich der Wissenschaftsrat als Mitglied für zwei Sitzungsperioden bis 2002. Das Institut wertete dies als Anerkennung seiner inzwischen »erwachsen gewordenen« Forschung.

Meilenstein Nr. 3 ist die Übernahme der Positionen des Stellvertreters des Präsidenten und des Forschungsdirektors durch Dr. HELMUT PÜTZ im Jahr 1983. Er war bis dahin der für die Berufsbildungspolitik zuständiger Referatsleiter im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Zunächst verbesserten sich die eher angespannten Beziehungen zur neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler HELMUT KOHL erheblich. Die Forschung im BIBB wurde nicht mehr infrage gestellt. HELMUT PÜTZ verfolgte das zukunftsichernde Konzept, die brachliegenden Beziehungen zu den Forschungseinrichtungen an den Hochschulen, privaten Forschungsinstituten und zum IAB in Nürnberg stetig

IMPRESSUM

Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis – BWP

55. Jahrgang, Sonderdruck zu Heft 1/2026, Februar 2026

Herausgeber: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) – Der Präsident
Friedrich-Ebert-Allee 114–116, 53113 Bonn

Copyright: Der Sonderdruck ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

ISSN 0341-4515

zu verbessern. Sein Ziel war es, der jungen Disziplin durch das Sichtbarmachen der Gesamtheit ihrer Protagonisten ein professionelles Standing in der Forschungslandschaft zu verschaffen. Durch beharrliches Netzwerken hat er ein Berufsbildungsforschungsnetz geschaffen und damit die Vorbehalte gegenüber der von vielen als »übermächtig« angesehenen Forschung im BIBB abgebaut. Das bestehende Forschungsnetz und die seither regelmäßig stattfindenden »Hochschultage Berufliche Bildung« sind seiner Initiative zu verdanken. Die vom Hauptausschuss gebilligte Entscheidung für HELMUT PÜTZ als meinen Nachfolger war eine logische Folge unserer guten Zusammenarbeit.

Meilenstein Nr. 4 war die internationale Sichtbarmachung und Wirksamkeit des BIBB durch ein weltweites Netzwerk in Praxis, Wissenschaft und Politik. Diese Aufgabe wurde durch die Gründung des Europäischen Zentrums zur Förderung der beruflichen Bildung (Cedefop) in Berlin erheblich erleichtert. Berlin wurde nun zum Treffpunkt der Berufsbildner in Europa. Eine Einladung der OECD als Eröffnungsredner auf ihrer Jahrestagung Berufliche Bildung im Jahre 1978, nahm ich zum Anlass, gemeinsam mit Kollegen aus den USA und England Kontakte zur OECD aufzubauen. In der Folge berief uns die OECD 1979 als Beratergremium, das bis 1985 ihr jährliches Berufsbildungsprogramm beriet. Diese Tätigkeit führte zu weltweiten Kontakten mit vergleichbaren Instituten.

BWP Und zu welchen Themen war das BIBB in internationalen Kontext gefragt?

Schmidt In den 1980er Jahren gab es eine mehrjährige Zusammenarbeit mit englischen Forschungsinstituten und der damaligen »Employment Agency« als Unterstützung bei der Umsetzung eines Regierungsprogramms zur Einführung einer betrieblichen Ausbildung. Zum Ende dieser Zusammenarbeit erhielt ich 1990 eine ungewöhnliche Einladung. Die britische Premierministerin, Lady MARGRET THATCHER, hatte führende Unternehmer ihres Landes zu einer ganztägigen Konferenz über das unbefriedigende Ergebnis dieses Programms in ihren Amtssitz geladen. Zu meiner Überraschung erhielt ich eine persönliche Einladung von ihr. Die Premierministerin, die die Tagung selbst leitete, stellte mich dem Gremium als Leiter des Instituts vor, das als Dienstleistungsinstitut für das deutsche Berufsbildungssystem arbeitete, welches das Beste in der Welt sei. Ich stellte das BIBB als deutsches Beispiel von »private-public-partnership in vocational education and training« vor, war mir aber bewusst, dass es kaum als Beispiel für die Lösung von Problemen der betrieblichen Ausbildung im Vereinigten

Königreich taugte. Gleichwohl habe ich die Einladung als internationale Anerkennung der Arbeit unseres Instituts im deutschen Ausbildungssystem gewertet und für unsere Art der Zusammenarbeit geworben.

Es gab zahlreiche Beispiele dieser Art, von denen ich lediglich an dieser Stelle nur noch zwei kurz erwähnen möchte. Zu Beginn der 1980er-Jahre wurden die französische und die US-amerikanische Regierung wegen steigender Jugendarbeitslosigkeit gedrängt, ein betriebliches Ausbildungssystem nach deutschem Vorbild einzuführen. So luden mich der französische und der amerikanische Arbeitsminister zu Gesprächen über die Vorgehensweisen bei der Einführung eines dualen Ausbildungssystems nach deutschem Muster ein. Eine Vielzahl weiterer Beispiele könnte ich nennen, in

denen die Initiative vom Staat, aber keine einzige von den Unternehmen ausging. Keines der staatlich initiierten Ausbildungsprogramme ist im gewünschten Umfang erfolgreich gewesen. Es ist eben organischer, einem von Unternehmen entwickelten Ausbildungssystem einen gesetzlichen Rahmen zu geben, als mit einem gesetzlichen Rahmen Unternehmen zu veranlassen, ein System zu entwickeln.

*»Es ist eben organischer,
einem von Unternehmen
entwickelten
Ausbildungssystem
einen gesetzlichen
Rahmen zu geben, als
mit einem gesetzlichen
Rahmen Unternehmen zu
veranlassen, ein System zu
entwickeln.«*

BWP Herr Schmidt, nun haben wir lange zurückgeschaut. Blicken wir

jetzt nach vorn. Was wünschen Sie dem BIBB für die nächsten 20 Jahre?

Schmidt Der gesetzliche Auftrag des BIBB ist und bleibt, die Berufsbildung – und zwar in Aus- und Weiterbildung – durch Forschung und Entwicklung zu fördern. Damit trägt das BIBB in erheblichem Maße zur Verbesserung und Modernisierung der Ausbildung für die Hälfte der jungen Menschen in unserem Land bei. Dass dabei die Berufsbildungsforschung als Ursachen- und Aufgabenentdecker, Trendverfolger, Innovationsbeschreiber in wirtschaftlicher, technischer und gesellschaftlicher Hinsicht ihre Bedeutung und ihren Rang behält, das sind meine Wünsche für das BIBB.

BWP Vielen Dank, Herr Schmidt, dass Sie uns auf diese interessante Zeitreise mitgenommen haben. ◀



Download des Interviews als PDF unter
www.bwp-zeitschrift.de/21015

(Interview: Christiane Jäger, BWP &
Prof. Dr. Elisabeth M. Krekel, ehem. Leiterin
der Forschungsabteilung im BIBB)

6.000 Beiträge von 1972 bis heute

Gedächtnis der Berufsbildung

www.bwp-zeitschrift.de/archiv

Umfangreiches Online-Archiv:

- Recherche nach Jahrgang, Autor/-in und Schlagworten
- Alle Jahrgänge seit der ersten Ausgabe 1972
- Gesamte Hefte, Einzelbeiträge und Infografiken
- Ausgewählte Beiträge auch in englischer Sprache

Das alles zum kostenlosen
Download!

